

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Der Rentenbeschluß - gutwillig interpretiert

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1997) : Der Rentenbeschluß - gutwillig interpretiert, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 12, pp. 678-679

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137561>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

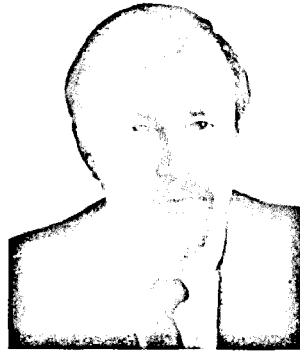
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Rentenbeschluß – gutwillig interpretiert



Otto G. Mayer

Vor nicht allzu langer Zeit waren geplant: eine Einkommensteuerreform mit dem Ziel einer deutlichen Absenkung der Grenzsteuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und unter anderem eine Umgestaltung der Gesetzlichen Rentenversicherung zur Bewältigung der demographischen und strukturellen Probleme. Der Bonner Berg kreißte und gebar - eine Steuererhöhung.

Der Vermittlungsausschuß einigte sich darauf, den absehbaren Anstieg des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zu Beginn 1998 von 20,3 auf 21% zu verhindern. Nach fast sechsstündigen Verhandlungen beschlossen die Politiker aus Bund und Ländern, es bei dem gegenwärtigen Satz zu belassen, den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung entsprechend zu erhöhen und zu seiner Finanzierung den Mehrwertsteuersatz zum 1. April von 15% auf 16% anzuheben. Der Versuch der SPD und von Teilen der Union, dieses Ergebnis an die Einbeziehung der sogenannten 610-/520-DM-Jobs in die Sozialversicherungspflicht zu knüpfen, scheiterte am vehementen Widerstand der Liberalen.

Nach dieser Einigung setzte die Koalition gegen die Stimmen der Opposition im Bundestag ihr Reformkonzept für die Gesetzliche Rentenversicherung durch. Der zentrale Streitpunkt zwischen den Parteien war hierbei, ob das Rentenniveau mittel- und langfristig abgesenkt werden sollte, und zwar bis maximal 64% der Standardrente. Die Sozialdemokraten haben mittlerweile angekündigt, daß sie die geplante Absenkung des Nettorentenniveaus rückgängig machen werden, sollten sie die nächste Bundestagswahl gewinnen. Dann sind für die Zukunft höhere Sozialbeiträge oder höhere Steuern zu erwarten. Sollten die Parteien hoffen, daß durch diese Beschlüsse bzw. Ankündigungen ihnen zumindest der Vorwurf eines Stillstandes der Politik erspart bliebe, käme dies Zynismus gegenüber dem Bürger schon sehr nahe.

Man muß schon sehr viel guten Willen aufbringen, um der Einigung zur Beibehaltung des bisherigen Rentenbeitragssatzes etwas Gutes abzugewinnen. Bei gutwilliger Interpretation kann das Ergebnis als ein Schritt zur Entlastung der Rentenversicherung durch Übernahme eines Teils der sogenannten versicherungsfremden Leistungen durch den Staat angesehen werden. Ob die Hoffnung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm berechtigt ist, daß mit dem Beschluß des Vermittlungsausschusses das „leidige Thema“ der Umfinanzierung versicherungsfremder Lasten vom Tisch wäre, da der zukünftige Bundeszuschuß die Ausgaben für derartige Leistungen abdecke, wenn nicht gar übersteige, muß jedoch bezweifelt werden.

Auch kann die Finanzierung durch eine höhere Mehrwertsteuer bei gutwilliger Interpretation als eine erste Maßnahme zu einer stärkeren Umstrukturierung des deutschen Steuersystems angesehen werden, das künftig ein größeres Gewicht auf indirekte Steuern, insbesondere auf Konsumsteuern legt. Eine derartige Umstrukturierung wird um so attraktiver, je stärker sich angesichts der „Globalisierung“, d.h. der Offenheit der Märkte und zunehmender Standortalternativen, die Frage stellt, ob und inwieweit mobiles Kapital und auch die höher qualifizierten mobilen Arbeitskräfte noch zu Abgaben und direkten Steuern für die Produktion der Güter „Soziale Gerechtigkeit“ und „Soziale Sicherheit“ herangezogen werden können. Hier wäre dann auch die in der bisherigen Diskussion vergeblich beschworene

Verknüpfung der Entlastung der Rentenversicherung durch höhere Staatszuschüsse mit den Steuerreformüberlegungen zu sehen, die eine Senkung der direkten Steuern auf breiterer Front zum Ziel hat.

Noch vor einem Jahr, auf dem Höhepunkt der Standortdebatte, bestand die Hoffnung, durch eine allgemeine Entlastung der wirtschaftlichen Akteure von Abgaben und Steuern eine wirtschaftliche Dynamik auszulösen oder zu verstärken. Hiervon bleibt wenig übrig, wenn die Sozialabgabenniveaus durch eine Steuererhöhung stabil gehalten werden. Von einer wirklichen Umstrukturierung – geschweige denn von einer Entlastung – kann so lange kaum die Rede sein, wie im Bereich der direkten Steuern alles beim alten bleibt. Letztlich erfordert eine Nettoentlastung den Abbau öffentlicher Ausgaben, an dem sich alle staatlichen Ebenen beteiligen müßten.

Ein Manko der Finanzierung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung durch eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ist deshalb auch darin zu sehen, daß durch dieses pauschale Verfahren eine Aufgabenkritik nicht stattfindet. Es unterbleiben Antworten auf die Fragen, was eigentlich versicherungsfremde Leistungen in der Rentenversicherung, aber auch in den anderen Versicherungssparten sind, ob diese – soweit identifiziert – tatsächlich alle beibehalten werden sollten, ob diese Aufgaben und die damit verbundenen Transfers nicht offen und transparent im Bundeshaushalt ausgewiesen und bei – hoffentlich rückläufiger Staatsquote – dem Mittelwettbewerb mit anderen Staatsausgaben beispielsweise für Investitionen, Forschung und Bildung ausgesetzt werden sollten. Geht man von der Schätzung aus, daß die Fremdleistungen allein in der Rentenversicherung rund 100 Mrd. DM ausmachen, werden auch in Zukunft nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer und des Bundeszuschusses noch rund 30% dieser Leistungen über Beiträge finanziert. Es sind aber u.a. auch diese Leistungen, die eine Reform der Sozialversicherungssysteme so erschweren.

Soweit ein positiver Beschäftigungseffekt aus der Verschiebung in der Finanzierungsart der Leistungen – weg von Sozialabgaben und hin zu Steuern – zu erwarten ist, dürfte es sich hierbei höchstens darum handeln, daß ein weiterer Arbeitsplatzabbau verhindert wird. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben durch diese Verschiebung keine Mark mehr in der Tasche: Eine drohende zusätzliche Belastung ist durch eine andere ersetzt worden; die Arbeitskosten der Unternehmen ändern sich nicht. Auf alle kommt aber eine Mehrwertsteuererhöhung zu. Diese Erhöhung dürfte das Preisniveau um 0,5 Prozentpunkte ansteigen lassen. Die Arbeitnehmer werden diese Preissteigerung hinnehmen müssen, sollen Arbeitsplätze nicht doch in Gefahr geraten. Dies bedeutet, daß zumindest dieser Teil des insgesamt zu erwartenden Preisanstiegs keine Rolle bei der Festlegung der tarifpolitischen Forderungen der Gewerkschaften spielen darf.

Soweit durch die Mehrwertsteuererhöhung der sonstige Konsum zugunsten des Sozialkonsums substituiert wird, ist dies akzeptabel - wenn es den Präferenzen der Bürger entspricht. Ob dies der Fall ist, weiß bei kollektiven Zwangssystemen allerdings niemand. Sicher ist freilich, daß es bei Umlageverfahren, deren Finanzierung an die Beschäftigungsverhältnisse geknüpft ist, nicht nur mehr oder weniger kurzfristig zu Finanzierungsengpässen kommen kann. Daher geht auch die Diskussion um die Einbeziehung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in die Versicherungspflicht in die falsche Richtung. Systematisch spricht nichts dagegen, die entsprechenden Arbeitsentgelte wie andere Arbeitnehmerereinkommen auch zu behandeln und sie genauso zu versteuern und versicherungspflichtig werden zu lassen. Wegen ihrer Geringfügigkeit dürften aber die bisherigen Steuereinnahmen gegen Null gehen, dafür aber die Sozialversicherung vermehrte Einnahmen erzielen, die allerdings auch zu erhöhten Ausgaben - Schätzungen gehen bis zur völligen Kompensation der Einnahmen – führen werden. Es gäbe dann zwar keine Verzerrung mehr zu Lasten von Vollzeitarbeitsplätzen, eine rentenmäßige Absicherung hätten die Inhaber von 610-DM-Jobs aber auch nicht. Wenn man davon ausgeht, daß Vollzeitarbeitsplätze und eine lückenlose „Arbeitsbiographie“ – aus welchen Gründen auch immer – in Zukunft nicht mehr selbstverständlich sind, heißt dies auch, daß eine durchgreifende Reform der Sozialversicherungssysteme zum Ziel haben müßte, die Sozialversicherungspflicht vom Arbeitsverhältnis zu lösen. Hierzu trifft das jetzt verabschiedete Rentenreformgesetz leider keine Aussage.